

Merseburger Kreisblatt.



Abonnementpreis: Vierteljährlich bei den Auszählern 1,50 M., in den Ausgabestellen 1 M., beim Postbezug 1,50 M., mit Postgebühr 1,80 M. Die einzelne Nummer wird mit 16 Pf. berechnet. — Die Expedition ist an Wochentagen von früh 7 bis abends 7, an Sonntagen von 8^{1/2} bis 9 Uhr geöffnet. — Sprechstunde der Redaktion abends von 6^{1/2} bis 7 Uhr. — Telefonnr. 274.

Insertionsgebühr: Für die 6 gespaltene Korpuszeile oder deren Raum 20 Pf., für private in Merseburg und Umgebung 10 Pf., für periodische und größere Anzeigen entsprechende Ermäßigung. Romantischer Satz wird entsprechend höher berechnet. Stellen und Bekleben außerhalb des Inseratentils 40 Pf. — Sämtliche Annoncen-Bureaus nehmen Inserate entgegen. — Telefonnr. 274.

Tageblatt für Stadt und Land.

(Amtliches Organ der Merseburger Kreisverwaltung und Publikationsorgan vieler anderer Behörden.)

Gratisbeilage: „Illustriertes Sonntagsblatt“.

Der Nachdruck der amtlichen Bekanntmachungen und der Merseburger Lokalnachrichten ist ohne Vereinbarung nicht gestattet.

Nr. 157.

Donnerstag, den 8. Juli 1909.

149. Jahrgang.

Im November d. J. werden die zur regelmäßigen Ergänzung der Stadtverordneten-Versammlung erforderlichen Wahlen vollzogen. Die **berichtigte Gemeindevählerliste** liegt im Kommunalbüro vom 15. bis 30. Juli d. J. öffentlich aus. Während dieser Zeit können von jedem Mitgliede der Stadtgemeinde Einwendungen gegen die Richtigkeit der Liste bei uns angebracht werden.

Merseburg, den 6. Juli 1909.
Der Magistrat.

Nach dem von den städtischen Behörden beschlossenen, von der Aufsichtsbehörde genehmigten II. Nachtrage zu dem Statut der hiesigen städtischen Sparkasse (§ 5) vom 29. Juni 1902, Juli 1900 beginnt die **Reinigung der Einlagen** bei derselben mit dem Tage nach der Einzahlung und endet mit dem Tage vor der Rückzahlung, worauf wir hiermit aufmerksam machen.

Merseburg, den 5. Juli 1909.
Der Vorstand
der städtischen Sparkasse. (1543)

Reichstag.

• Berlin, 6. Juli.

Als der Reichstag in der gestrigen Sitzung mit den Stimmen der neuen Mehrheit beschloß, das Gesetz über die allgemeine Verwendung der Gewerke an erste Stelle der Tagesordnung zu behandeln, bestand wohl allgemein die Annahme, daß die Debatte über diesen Gegenstand nur kurze Zeit in Anspruch nehmen werde. Es ist anders gekommen. Nahezu fünf Stunden wurden auf das Gesetz gewendet. Aus der Kommission ist der Beschlussempfehlung, daß die Kennzeichnung (Durchfärbung) der Gewerke nicht in der Be-

gnung des Bundesrats gefestigt, sondern obligatorisch im Gesetz vorgeschrieben sein soll für alle Fälle, in denen nicht der Nachweis erbracht wird, daß die Gewerke zur Wahlberechtigung ungeeignet sind oder dazu nicht Verwendung finden soll. Die Sitzung beginnt mit einem Obstruktionsversuch der Sozialdemokraten, die beantragen, das Gesetz gegen die Tagesordnung abzulehnen. Es wird darüber abgestimmt. Das Resultat erscheint zweifelhaft, da die Bänke des Zentrums und der Konservativen nur sehr schwach besetzt sind. Aber auf das Glockenzeichen kommen die Abgeordneten in den Saal, und nun wird beschlossen, über die Gewerke zu verhandeln.

Die Vorlage bezeugt prinzipieller Gegensatz nur bei den Freisinnigen und auf der äußersten Linken, die durch Abg. Stolle (Soz.) erklären läßt, daß ein tatsächliches Bedürfnis für das Gesetz nicht bestehe.

Tagegen weisen die Abg. Hausmann (nl.) und Puffenberger (k.) darauf hin, daß die Einfuhr von Waaren, deren Zollsatz 4 M. beträgt, um die Hälfte zurückgegangen ist, während umgekehrt die Einfuhr der erheblich niedriger, zu dem Satze von 1,50 M. zu verfeuertem Futtermittel und die gleiche Menge zugenommen habe.

Abg. Carstens (fr. Rp.) hat nichts gegen das Verbot der Verwendung der zum Zollsaue von 1,50 Mark verzollten Gewerke zu Brauzwecken einzuwenden. Aber für die Durchführung wollen die Freisinnigen nicht eintreten, weil sich das Verfahren sehr teuer stelle und nicht unschädlich sei; die Gewerke werde dadurch unerkennbar.

Seitens des Direktors vom Reichshauptamt Klein wird erklärt, daß der Kommissionsbeschlusse, die Kennzeichnung grundsätzlich vorzuschreiben, mit handelsvertragsgemäßen Ermächtigungen unvereinbar und daher für die verbindlichen Regierungen unannehmbar sei.

Trotz dieser Erklärung meint Abg. Speck (Z.), die Regierung würde schließlich doch nachgeben. Diese Annahme weist Direktor Klein entschieden zurück. Darauf wird ein Antrag auf Debattebeschlusse, auf Antrag der Sozialdemokraten in namentlicher Abstimmung, mit 184 gegen 149 Stimmen angenommen.

Es folgen Beschlüsse zahlreicher Abgeordneter, denen das Wort abgeprochen ist. An der Abstimmung wird dann § 1 der Vorlage mit 255 gegen 85 Stimmen mit der Abänderung angenommen, daß die Kennzeichnung der Gewerke auch dann nicht zu erfolgen braucht, wenn nachgewiesen wird, daß die Gewerke zu Brauzwecken verwendet werden soll.

Zu den weiteren Paragraphen des Gesetzes das am 1. September d. J. in Kraft treten soll, sprachen noch mehrere sozialdemokratische Redner.

Abg. Dr. Südekum (Soz.) beantragt namens seiner Partei, das Gesetz erst in Kraft treten zu lassen, wenn das System der Einkommensteuer aufgehoben ist. Diese für diesen Antrag erhoben sich nur die Sozialdemokraten. Der Rest des Gesetzes wird erledigt. Das Gesetz ist damit in zweiter Lesung verabschiedet.

Nunmehr kommen die Regierungsvorlagen betreffend die Elektrizitäts- und Gassteuer und die Anzeigersteuer an die Reihe. Beide wurden in allen Teilen glatt abgelehnt.

Nächste Gegenstand der Tagesordnung: Reichshauptamt Klein'sches Entwurf, soll auf Antrag der Konservativen abgelehnt werden, weil, wie Abg. Graf v. Westfahl (kon.) mittelst, Anträge in Vorbereitung sind und Verhandlungen mit der Regierung schweben.

Abg. Singer erhebt darin ein überaus schimpfliches Symptom der „Steuermacherei“, das gebremst werden müsse. Redner spricht schließlich von einer „Moral der Arbeiter“ und wirft dem schwarz-blauen Block vor, daß er dem Reichstag den Stempel einer Schacherbude aufdrücke.

Unter hartnäckigem Lärm ruft Präsident Graf Stolberg den Abg. Singer wegen dieser Kränzelung zur Ordnung.

Darauf beantragt Abg. Singer Berichtigung. Der Antrag wird abgelehnt, und das Haus wendet sich nunmehr dem Artikel VI des Gesetzesentwurfes betreffend Veränderungen im Finanzwesen zu, der die Besteuerung der Büdnwaren behandelt. Die Steuer soll nach § 2 betragen für Büdnblätter, Bündelpapier, Bündelböden aus Strohhalm oder Wappe a) in Schachteln mit weniger als 30 Stück 1 Pf., mit 30—60 Stück 1^{1/2} Pf., für jede Schachtel, bei mehr als 60 Stück 1^{1/2} Pf., für 60 Stück oder einen Bruchteil davon; sodann für Büdnblätter aus Seitan, Waags oder ähnlichen Stoffen in Schachteln bis zu 20 Stück 5 Pf., für jede Schachtel, in großen Packungen für je 20 Bündelböden 5 Pf.

Es liegen zahlreiche Anträge vor. Ein Antrag Dr. Koeslitz (kon.) will folgenden § 2 einfügen: „In den ersten fünf Jahren nach dem Inkrafttreten dieses Artikels tritt eine Erhöhung der Büdnwarensteuer um zwanzig von Hundert ein: 1. für Büdnwaren, welche in Fabriken hergestellt sind, die erst nach dem 1. Juni 1909 betriebsfähig hergestellt worden sind; 2. für Büdnwaren aus vor dem 1. Juni 1909 in Betrieb gewesenen Fabriken, soweit deren Jahreserzeugung die nachweisliche Durchschnittserzeugung der letzten drei Betriebsjahre vor dem 1. Juni 1909 übersteigt, oder falls die Fabriken noch nicht volle drei Betriebsjahre vor dem 1. Juni 1909 bestanden haben, die nachweisliche jährliche Durchschnittserzeugung der vor dem 1. Juni 1909 liegenden Betriebsjahre übersteigt. Die näheren Bestimmungen zur Ausführung dieser Vorschriften trifft der Bundesrat.“ Mehrere Anträge der

Waren Erbschen.

71. Roman von J. Joss.

„Der Grund ihrer Fehler lag wohl tiefer; ihr fehlte die Kraft zum Guten, weil sie wohl schon immer krank war, ohne daß es erkannt wurde. Sie haben mir von Ihren Eltern erzählt, Waren. Sollte hier nicht erbliche Belastung von Vaters Seite vorliegen? Ich finde, es ist ein Krost, sich das sagen zu dürfen.“

„Ja, es ist ein Krost — und ich will mich bemühen, so zu denken, wie Sie.“

„Das ist brav, Waren. Nun folgen Sie mir aus, wenn ich darum bitte, jetzt alles Weitere mir zu überlassen. Gehen Sie nach Hause, Sie haben Ruhe nötig.“

„Sie treuer Freund, ich will meinen Willen dem Ihrigen unterordnen und mich auf Sie in allen Dingen verlassen. Sie haben recht, daß ich der Ruhe bedarf — ich bin zu Ende mit meiner Kraft.“

Nun ruhte Almuth auf dem Dorfriedhof unter den Eichen und schon dachte man an ein neues Grab. Voller Schreden bemerkte Waren, wie die Krantheit bei Frau Anna Fortschritte machte. Der vom Arzt vorausgesagte rasche Verfall der Kräfte trat ein und sie lag geduldig und freundlich auf dem Ruhebett, während ihr Mann stehend in seiner Unbeholfenheit nun seinerseits sich bemühte, sie zu bedienen.

Da die Kranke wenig Schmerzen hatte, so konnte sie den Versuch der ihr so lieb gewordenen Menschen ertragen, und Abends fanden sich regelmäßig Waren und ihre treue Alte ein und brachten ein wenig Licht in das stille Sterbezimmer.

Es war eines Abends im Februar, als Waren sich allein einfand, da Prädeletts Morungen eine Erklärung wegen das Haus bitten mußte. Draußen lag eine hartgefrorene Schneedecke, die unter den Füßen knirschte. Starker Frost hielt nun schon seit Wochen an und wirkte lähmend auf die erschöpften Nerven Waren's, die wider ganz ihrem Beruf lebte. Kaum war sie heimgekehrt, als die Wolschaft von Frau Anna eintrat, daß man Fräulein Erbschen bald erwarte. Voller Sorge war sie dem Ruf gefolgt und atmete erleichtert auf, als sie Frau Anna wie immer an ihrem alten Platz fand.

„Gut, daß Sie da sind, Waren; mein Mann erwartet Sie mit Ungeduld.“

„Was ist denn los, Frau Anna?“

„Wir beide sollen heute das Bild sehen. Er wollte es uns zwar bei Tageslicht zeigen, aber bis zum Sonntag ist noch lange hin und ich möchte noch so gern die Freude erleben, mit Ihnen das Bildwerk zu sehen.“

„Sprechen Sie doch nicht so, Frau Anna! Wir erleben, so Gott will, noch viele Freuden miteinander.“

„So Gott will!“ wiederholte die Kranke feierlich.

In diesem Augenblick trat der Maler ein,

der sich augenblicklich in großer Aufregung befand. Er nahm, ohne ein schmeichelndes Wort zu sagen, seine kranke Frau auf den Arm und wählte Waren, ihm zu folgen. Im Atelier brannten alle Lampen und ein Scheinwerfer erleuchtete die große bemalte Leinwand so hell, wie das Tageslicht.

Bestimmt bettete Keller seine Frau auf einen bequemem Sessel, den er ins rechte Licht gerückt hatte, und bat Waren, die kein Auge von dem Bilde lassen konnte, hinter sie zu treten. Schweigend verharren die beiden Frauen vor dem großen Werk und Waren fragte sich immer wieder: „Bin ich das wirklich oder ist es ein Phantasiegebilde?“

Der Rahmen teilte das Bild in zwei Hälften: den Tag und die Nacht. Und Waren mußte sich eingestehen, daß es kaum schärfere Gegenstände gab, als der Künstler sie hier durch die einfache Wiedergabe der Schweißgerüche geschaffen hatte. Die Landschaft war auf beiden Bildern dieselbe, die blauen Wasser verloren sich in unsehbarer Ferne und auf den Fluten, dem Ufer zuströmend, trieb ein Boot.

„Der Tag“, sagte der Maler erklärend und deutete auf das Bild zur Linken, in dem ein Leuchten obgleichend war. Das Wasser, der Himmel, das dicke Schilf, die hohen Bäume des Ufers, sie alle gaben die hohen Bäume des Ufers, sie alle gaben die hohen Bäume wieder, die über dem Gorgen lag. Doch alles Licht konzentrierte sich in der schlanen, weißen Frauengestalt, die auf der hochragenden Spitze des Bootes stand, mit Rosen bekränzt, in den dem Beschauer entgegengestreckten Händen

Rosen, die ins Wasser hinunterfielen und in der Luft schwebend verharren. Mit Augenpaaren lagte das schöne Frauenantlitz Almuth's aus dem Bilde hervor, auf der weißen Stirn, die vom Mondhain umfaltet war, das Gesicht fröhlicher, ungebundener Lebensfreude tragend.

„Die Nacht“, sagte wiederum der Meister und deutete mit glänzenden Augen auf das Bild zur Rechten. Richter Mondschein ruhte auf den Wasser und traf mit vollem Strahl die hoheitsvolle Gestalt Waren's, die mit dem Boot über die fahrgelängelten Fluten dem Ufer zuschwamm. Dunkle Gestirne hüllten sie ein und von dem Haupt stießen die nachtschwarzen Haarwellen tief herab. Die schlanken, weichen Arme hatten wohl nur für einen Augenblick die garten Gewebe zur Seite geschoben, damit das bleiche, schöne Antlitz mit dem ernst fragenden Blick seines mächtigen Augenpaars in seiner Schwermet tief erschüttert auf den Beschauer wirkte.

„Hier ist das Bild und dort die Schönheit nach ihm“, sagte Waren leise und drach in Tränen aus. Da schloß sie sich von Frau Anna umschlungen, die leise trübend sagte: „So Gott will, finden Sie auch noch ein reiches Bild, Waren.“

Unter Tränen lächelnd reichte das junge Mädchen dem Maler die Hand hin: „Verzeihen Sie meine Schwäche, aber die zermarterten Nerven tragen die Schuld.“

(Fortsetzung folgt.)

Rationalisten suchen die Güte in § 2 abzuweichen. Ein weiterer Antrag... zu § 41 Abs. 3 will den Bundesrat ermächtigen, von Bänderbüchern, die sich zurzeit des Zinsauftriebs der Bänderwaren...

Abg. W o m m e n s i e h t in dem letzten Antrag nur ein Schönheitspärlchen: Dr. Noeße und seine Partei wollen sich bei einer Steuer, die gerade den kleinen Mann treffen als gute Freunde des kleinen Mannes hinstellen. (Geißtete Zustimmung links.)

Gegenüber dem freisinnigen Redner, der bemängelt hat, daß der Steuerantrag u. a. mit der Haushaltsigkeit im Einklang mit Straßbüchern begründet wurde, stellt Direktor Klöhn mit, daß im Jahre 1907 durch diese Haushaltsigkeit in Preußen ein Schaden in Höhe von 6 1/2 Millionen M. verursacht wurde.

In der weiteren Debatte wendet sich Abg. Dr. W ä l l e r - M e h n i n g e n gegen die Gründe, auf die sich die Mehrheit zu Gunsten der Bänderwarensteuer beruft; er nennt diese Gründe lächerlich. Er meint, wenn man als Motiv einer Befreiung der Bänderwaren die Bekämpfung von Brandstiftungen ansehe, müßte man daselbe Motiv für eine Befreiung der Pflanzern und Pflanzereien geltend machen, und mit noch sehr viel größerem Rechte, und sehr viel energischer noch als es jetzt schon geschieht, müßte man dann den Brauntwein besteuern, denn sehr viele Brände werden durch Trunkenheit verursacht.

Abg. M o l t e n b u r g sucht nachzuweisen, daß durch diese Steuer sehr viele arme und gebrüchliche Arbeiter drohten gemacht werden würden, und er richtet an das Zentrum die Frage, warum es denn keine Unterstützung der beschlagungslos werdenden Arbeiter beantragt hat? Wenn die Sozialdemokratie mit solchen Anträgen vorangehe, dann pflege das Zentrum sofort denselben Weg zu beschreiten. (Geißtete Zustimmung links.) Es folgen dann die namentlichen Abstimmungen.

Der Antrag der Sozialdemokraten auf Unterstreichung der Arbeiter wird mit 194 gegen 142 Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt.

Die danach auf der äußersten Linken ertöndenen Proteste werden vom Präsidenten als unparlamentarisch moniert.

Die Abstimmung über § 1 des Entwurfes der prinzipiellen Einführung der Verbrauchsabgaben für Bänderwaren ergibt Annahme mit der äußersten Schwaden Mehrheit von 179 gegen 165 Stimmen. Mit derselben Mehrheit wurde § 2, Antrag Noeße § 2a, die weiteren Anträge Noeße und der Rest des Gesetzes angenommen.

Damit ist die Bänderwarensteuer in zweiter Lesung verabschiedet.

Der Präsident will nun zur M ä h l e n u m s a f s t e u e r übergehen. Aber von mehreren Seiten wird Betätigung verlangt. Im „Sammlersprung“ wird festgestellt, daß 185 Abgeordnete für, 153 gegen die Betätigung sind. Die Beratung wird abgebrochen. Nächste Sitzung: Mittwoch.

Reichszanzer Fürst Bülow

hatte ihr gestern (Dienstag) an die hier aus Anlaß der Besprechung über die Reichsfinanzreform anwesenden leitenden Minister der Einzelstaaten und an die Bevollmächtigten zum Bundesrat Einladungen zu einem Dinner ergehen lassen, um sich bei dieser Gelegenheit von ihnen zu verabschieden. Der Kanzler wird sich nach seinem Austritt zunächst nach Norderny begeben. Von dort wird er nach Pleten-Floßel bei Hamburg übersteden und die Wintermonate in der Villa Malta in Rom bezug. In Italien verleben. Um abgibt beschäftigt der Fürst, für die Folge nur einen verhältnismäßig kleinen Teil des Jahres außerhalb Deutschlands zu verleben; seinen dauernden Wohnsitz wird er in Klein-Floßel nehmen, wo er geboren ist. — Auf ein Schreiben des Vorsitzenden des Gesamtverbandes der evangelischen Arbeitervereine Deutschlands, Dr. Weber in München-Gladbach, hat der Reichszanzer wie folgt geantwortet: „Euer Hochwürden danke ich aufrichtig für das freundliche Schreiben vom 30. v. M. Die christlich-nationale Arbeiterbewegung nach Kräften zu fördern, habe ich immer für meine Pflicht gehalten, weil ich ihre Bedeutung für die gesunde Entwicklung unseres politischen und sozialen Lebens wohl zu waldigen weiß. — Mit der Befriedigung besonderer Hochachtung Euer Hochwürden sehr ergebener — Bülow.“

Der Bauernbund.

Merseburg, 7. Juli.

Wie bereits in der vorigen Nummer angeführt wurde, steht sich der Freisinn nach neuen Wählern für die Reichstagswahlen an. Daß der Freisinn die meisten Mandate der Wahlkreise anderer Parteien verlor, darf als bekannt vorausgesetzt werden, und da die Arbeiter seit Cassalle's bekanntem Austritt in Leipzig (1894) der bürgerlichen Demokratie den Rücken gefehert haben und sie diese in absehbarer Zeit nicht wieder zu gewinnen sind, so sucht der Freisinn bei den Handwerkern und Bauern einzugelenken, die bisher im großen und ganzen für Konservative, Freisinnigkonservative, Bauernbündler, Mitglieder der wirtschaftlichen Vereinigung u. gestimmt haben.

Der Hansabund soll die Handwerker, der Bauernbund die Landwirte für die nächsten Wahlen einfangen.

„Gnefen hat gestern der Bauernbund getagt. Nach den mit großem Pomp in Szene gesetzten Anknüpfungen hätte man wirklich mehr erwarten sollen, es ist eigentlich nichts Positives herausgekommen, als die Freigeberklärung gegen den Bund der Landwirte und die konservative Partei, sowie die Erklärung des Bedauerns, daß Fürst Bülow sein Amt niederlegen will.

Soweit die Stellungsmeldungen zehden, ist die Bewegung hauptsächlich ins Leben gerufen durch das Austritt des Herrn von Endell im Posenen, der angeblich die Interessen des Bundes der Landwirte und der Großgrundbesitzer gegenüber den Interessen der Kleinbesitzer zu deren Ungunsten zu stark in den Vordergrund stellt.

ist das tatsächlich der Fall, so läßt sich wohl auf anderem Wege Abhilfe schaffen, als durch Gründung eines Bauernbundes, der sich in Gegenfah stellt zu dem Bund der Landwirte und am letzten Ende nur die Geschäfte des Freisinn besorgt, der ebenso ein Todfeind des Schuges und des Bedauerns der Landwirtschaft ist, wie die Sozialdemokratie.

Es ist geradezu unbegreiflich, wie die Bauern einen Bund ins Leben rufen können, der berufen sein soll, gegen den Bund der Landwirte Stellung zu nehmen. Während der Bund ins Leben gerufen, um n e d e n dem Bund der Landwirte die gleichen Ziele wie dieser zu verfolgen, nämlich Schug und Bedenken der deutschen Landwirtschaft, aber auf anderen Wegen, so würde das niemand sonderlich überraschen, denn die meisten Berufsgruppen sind bestrebt, sich wirtschaftlich zu organisieren, also haben auch die Kleinbesitzer das gute Recht dazu, aber unbegreiflich erscheint es, daß die Kleinbesitzer sich in bewußten Gegenfah zu den Großbesitzern und dem Bund der Landwirte stellen.

Sie wollen damit gegen ihr eigenes Fleisch und rufen nur Frohlocken bei der bürgerlichen und bei der Sozialdemokratie hervor!

Es scheint demnächst, als hätten die Kleinbesitzer vergessen, wie schwer die Landwirtschaft nach den einzigen Jahren unter dem Druck der Verhältnisse zu leiden hatte. Das Traud alle Landwirte gleichmäßig große, mittlere und kleine Besitzler. Seitdem, d. h. seit Einführung des neuen Zolltarifs, ist es für die Landwirtschaft bedeutend besser geworden, alle übrigen Stände: Industrie, Handwerk, Beamte usw. müssen dazu beitragen, daß es der Landwirtschaft besser geht, d. h. daß sie ihre Produkte jetzt höher zu vermarkten vermag, als vor Einführung des Tarifs. Die Staatsregierung hat selbstverständlich das dringende Interesse, einen wohlhabenden und leistungsfähigen Landwirte-Stand zu haben, und deshalb hat sie, ohne Rücksicht auf die anderen Erwerbsstände dem Zolltarif zugestimmt, um die deutsche Landwirtschaft materiell lebensfähig zu erhalten.

Wird Zwiespalt in die Reihen der Landwirte von außenher künstlich hineingetragen, so wird es mit einem soldatischen Vorgehen derselben bald vorbei sein, die Kleinbesitzer unterziehen sich dann selbst und rufen ungezagte Freunde bei den bürgerlichen und Sozialdemokraten hervor.

Wollen sich die Kleinbesitzer für sich organisieren, so wird ihnen das niemand wehren können, obgleich ein dringendes Bedürfnis dazu, wenigstens in unserer Heimatprovinz, garnicht vorliegt, dann möchten sie aber wenigstens die Interessen der Landwirtschaft betonen, nach betonen und immer wieder betonen. Wenn sie aber die Geschäfte der Freisinnigen und Sozialdemokraten besorgen — umbehußt besorgen — so fagen sie selbst den Akt ab, auf dem sie fagen.

Noch ist es nicht zu spät, der neuen Bewegung ruhig und besonnen gegenüber zu treten, es könnte aber einmal der Tag kommen, an dem es zu spät ist und bittere

Reue über den Eingelen kommt. Davor bewahre uns das Schicksal!

Das neue Steuerkompromiß.

Die Staatssekretäre V e t h m a n n - P o l l - u e g e und S y d o w haben gestern (Dienstag) nachmittags im Namen der Verblüdeten Regierungen mit den Vertretern der Mehrheitspartei des Reichstags über das neue Steuerkompromiß verhandelt, nachdem die einzelstaatlichen Minister sich vorher über die Kompromißentwürfe der Parteien schlichtig geeinigt hatten. Wie wir hören, ist über alle Hauptpunkte eine Einigung erzielt, nur über einige Stellen ist man sich noch nicht einig. Der Bundesrat wird sich damit einverstanden erklären, die von ihm vorgeschlagene Steuer auf Feuerversicherungspolice durch eine Z e l l o n f e u e r zu ersetzen. Diese Steuer soll etwa zwanzig Millionen bringen. Das Zustandekommen der Reichsfinanzreform ist nunmehr gesichert, da das Lebenskommen von allen Parteien der neuen Mehrheit unterzeichnet ist.

Die neue Steuer soll in die Reichssteuerrollen eingeschaltet werden und betragen: 1 Prozent für Gemeindefeuersteuern von in- und ausländischen Aktien und Anteilsscheinen, Reichsbankantwertscheinen, Anteilsscheinen von Aktiengesellschaften; für Zinsbogen: 5 Promille bei inländischen, für den Handelsverkehr bestimmten Renten- und Schuldverschreibungen, 5 Prozent bei solchen ausländischer Staaten, Kommunen usw., Korporationen, Aktiengesellschaften, sofern diese letzteren Vogen im Inlande ausgegeben werden, 2 Promille bei inländischen auf den Inhaber lautenden Stammkapitalpapieren. Befreit sind: 1. Zinsbogen von Renten und Schuldverschreibungen der Reichs- und Bundesstaaten, 2. Gemeindefeuersteuern von Aktien der in der allgemeinen Verelungsvorschrift aufgeführten Aktiengesellschaften, 3. Gemeindefeuersteuern und Zinsbogen, die bei der ersten Ausgabe der Wertpapiere mit diesen in Verkehr gesetzt werden. Die Befreiung greift nicht Maß, soweit die Vogen für einen längeren als zehnjährigen Zeitraum ausgegeben werden, 4. Gemeindefeuersteuern- und Zinsbogen, die vor dem Inkrafttreten dieser Vorschriften ausgegeben sind. Der Stempel für Kauf- und sonstige Anschaffungsgegenstände, den die Kommission beschließen, soll gestrichen werden. Unter die Scheidsteuer es sollen auch fallen Leistungen über Geldsummen aus Bankguthaben, die die Kommission vom Stempel befreit hatte.

Die Bestimmungen sollen am 1. August 1909, in Ansehung des Stempelstempels mit dem 1. Oktober 1909, in Kraft treten, auch die von der Finanzkommission sonst beschlossenen Stempelsteuer sollen am 1. August in Kraft treten; es sind dies Bestimmungen über Aktien, Anteilsscheine, Renten- und Schuldverschreibungen. Bei diesem Teil der Vorlage werden für den Fall hervorretender besonderer Härten eine Reihe Ermäßigungen und Stundungen vorgesehn. Die übrigen Bestimmungen sind Folgebestimmungen der neuen Anträge. Für Zinsbogen, die Anteilsscheine für einen längeren als zehnjährigen Zeitraum enthalten, erhöht sich die Abgabe für jedes fernere Jahr um ein Zehntel.

Zur Befolgung der Reichsbeamten.

Berlin, 7. Juli.

Die „Berlin. Polit. Nachr.“ schreiben offiziell: In der Budgetkommission des Reichstages sind Erhöhungen der Beamtenbesoldungen über die Regierungsverordnungen hinaus angenommen worden, obwohl sie von den Vertretern der verblüdeten Regierungen als ganz unannehmbar bezeichnet worden sind. In dieser Sachhandlung liegt die Gefahr einer weiteren, nach allen Richtungen hin unermesslichen Erhöhung der Aufseher der Reichsbeamten. Als die Budgetkommission sich auf eine Erhöhung der Besoldungslage der Beamten über die Regierungsverordnungen hinaus in Gesamtbetrage von 33 Millionen Mark einließ, ging sie von der Annahme aus, daß wenigstens 20 Mill. von diesem Mehrbedarf durch Kürzung von Stellenzulagen zu decken sein würden. Als die beiliegenden von Herrn Geßberger gemachten Vorschläge aber einer näheren Prüfung unterzogen wurden, ergab sich, daß von jenen Stellenzulagen nur solche im Betrag von wenigen hunderttausend Mark gestrichen werden können. So wurde die finanzielle Unterlage von der Budgetkommission ursprünglich in Aussicht genommenen Regelung der Beamtenbesoldungen durchaus hinreichend. Wenn trotzdem jetzt auch aus dem selbst der Verblüdeten Regierungen für unannehmbar erklärten Besoldungserhöhungen bestanden wird, so scheint man von der Auf-

fassung sich leiten zu lassen, daß die Unannehmbarkeitsklärung nicht das letzte Wort sei, sondern daß die verblüdeten Regierungen bei nachdrücklicher Betonung jener Forderungen mit sich reden lassen werden. Wie sie sich die Budgetkommission, später der Reichstag, in der Tat von solcher Auffassung leiten, so würde er sich aber einer gefühlvollen Zurückung hingeben. Die namens der verblüdeten Regierungen für unannehmbar erklärten Beschlüsse der Budgetkommission werden niemals die Zustimmung des Bundesrates finden. Wollte der Reichstag daher auf diesem Beschluß beharren, so würde das einfach gleichbedeutend sein mit einem Scheitern der Besoldungsordnung im gegenwärtigen Zeitpunkt. Die Verantwortung dafür, daß die Reichsbeamten noch länger auf die Gehaltsaufseherung warten müßten, während die preußischen Beamten bereits in den Genuß derselben getreten sind, würde allein vom Reichstag zu tragen sein. Man wird daher in den beteiligten Kreisen des Reichstags gut tun, sich von der Überzeugung durchdringen zu lassen, daß die für unannehmbar erklärten Beschlüsse der Budgetkommission zur Besoldungsordnung niemals die Zustimmung des Bundesrates finden werden, und daß, wenn die Besoldungsordnung bald in Kraft treten soll, eine Änderung dieser Beschlüsse in einer dem Bundesrat annehmbaren Weise unbedingt erforderlich ist.“

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

Berlin, 6. Juli. (Sohnachrichten.)

König Gustav von Schweden ist heute nachmittag um 10 Uhr in Söding (Nägen), angekommen. Der König machte dem Kaiser Wilhelm am Bord der „Hohenzollern“ einen Besuch. Bei dem Festmahle, anläßlich der Einweihung der Fährer-Sohnig-Trelleborg, hielt Kaiser Wilhelm nachstehende Ansprache: Es gereicht mir zur vollen Freude und ganz besonderer Genugtung, Ew. Majestät heute am Bord meiner Jagt „Hohenzollern“ beglücken zu können. Ich bin dankbar dafür, daß Ew. Majestät beschloßen haben, an den in den deutschen Gewässern reisenden Feiertaglichkeiten anläßlich der Krönung der Kaiserin in Verbindung zwischen Deutschland und Schweden in höchstgelegener Person teilzunehmen. Einer Anwesenheit Ew. Majestät welcher Regierung entsprungen, hat der Mann meiner Regierung freudig Aufnahme, volles Verständnis und eifrig Förderung gefunden. Ganz hingebender Arbeit ist das Werk heute vollendet. Abgesehen der neue Bahnen über die Ostsee Handel und Verkehr zwischen Deutschland und Schweden kräftig fördern und fördern. Möge er eine neue Brücke bilden zwischen den Herzen der beiden Stammverwandten Völker.

Stiel, 6. Juli. Wie verlautet, ist es nachdrücklich, daß der Kaiser seine Nordlandreise nicht nur aufschiede, sondern gänzlich aufgibt. Dem Kapitän Sanden von „Meteor“ wurde ausgeben, heute mit der Jagt bei der Regatta Trauemünde-Warnemünde zu starten, sie nachher aber für eine Kreuzfahrt des Kaisers in der Ostsee bereit zu halten. Der Verzicht des Kaisers auf die gewünschte Nordlandreise scheint nicht nur in innerpolitischen Verhältnissen zu liegen, sondern auch durch einen eult. Besuch des Prinzen veranlaßt zu sein, der auf der Jagt nach Gehrburg in 14 Tagen in Kiel eintreffen könnte (S. 8.).

Darmstadt, 6. Juli. Reichsagsabgeordneter Graf O r i o l a veröffentlicht in der Deutschen Tageszeitung die Erklärung, daß er aus der nationalliberalen Fraktion ausgetreten sei. In dieser Erklärung heißt es weiter: „Entgegen dem seit meinem Eintritt in den Reichstag geliebten Fraktionsgebrauch wurde bei der Reichsfinanzreform Beschluß gefaßt, die alle Mitglieder bezüglich ihrer Abstammung haben. Da mir zudem mitgeteilt worden ist, daß mein Verbleiben als Landesvorsitzender des Bundes der Landwirte für Hessen mit meiner Angehörigkeit zur nationalliberalen Reichsfraktion dieser unvereinbar erseigne und ich damit vor die Frage gestellt war, ob ich das mir von heftigen Landwirten übertragene Ehrenamt niederlegen sollte, sah ich mich zu meinem liebsten Bedauern veranlaßt, meinen Austritt aus der Fraktion zu erklären, der ich so lange angehört habe und mit dem Mitglieder mich politische Ansäuungen und aufrichtige persönliche Freundschaft verbunden hielten.“

Reuhabt a. D. S., 6. Juli. Der von den Nationalliberalen und dem Bunde der

Magdeburger Privat-Bank

Zweigniederlassung Merseburg.

Um den modernsten Anforderungen gerecht zu werden, haben wir in unserer Stahlkammer neben den bestehenden Safes eine grössere Anzahl sogenannter **Brief-Safes** von der bewährten Firma S. J. Arnheim, Berlin, herstellen lassen, die ebenso wie die obenwähnten Safes unter Mitverschluss der Mieter stehen und bei der denkbar grössten Sicherheit den Vorzug der Billigkeit haben.

Wir stellen diese Neueinrichtung vom **5. Juli** ab gegen

M. 3.— Jahresmiete pro Safes

dem Publikum zur Verfügung.

Zur Reisezeit empfehlen wir die **Stahlkammer zur Aufbewahrung von Silbersachen etc.** unter kulantesten Bedingungen.

Der Tresor ist geöffnet vormittags von

8¹/₂ Uhr bis 12¹/₂ Uhr und nachmittags von 2¹/₂ Uhr bis 6 Uhr, Sonnabend von 8—3 Uhr

und kann von jedermann besichtigt werden.

Statt besonderer Mitteilung.

Heute morgen ¹/₂ 1 Uhr entschlief sanft nach kurzer Krankheit unsere geliebte Mutter, Schwiegermutter und Grossmutter, die

verwitwete Frau Geh. Justizrat

Karoline Schwanert,

geb. von Stein,

im Alter von 73 Jahren. — 1. Kor 13, V. 12 u. 13. z. Zt. Berlin W. 30., Motzstr. 76, d. 6. Juli 1909.

Im Namen der tieftrauernden Hinterbliebenen:

Otto Schwanert,

Geh. Regierungsrat zu Merseburg.

Gemeinschaftliche Ortskrankenkasse.

Wir bringen hierdurch zur Kenntnis unserer Mitglieder, dass an Stelle des vor kurzem verstorbenen Herrn Dr. Benner von heute ab

Herr Dr. Mummelthey

als Kassenzarzt für unsere Kasse angestellt ist.

Herr Dr. Mummelthey hat seine Wohnung

Bahnhofstrasse No. 6

im Hause des Herrn Dr. Benner und hält daselbst

Vormittags von 8 bis 10 Uhr und

Nachmittags von 1 bis 2 Uhr

seine Sprechstunden ab.

Zugezogen ist Herr Dr. Mummelthey der bisherige Bezirk des Herrn Dr. Benner und die auswärtigen Mitglieder.

Merseburg, den 7. Juli 1909.

Der Vorstand,

Paul Thiele, Vorsitzender.

Merseburger Landwehr-Verein.

Die diesjährige dritte

Quartalversammlung

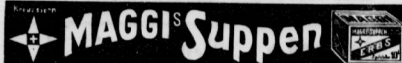
findet

Sonntag, den 11. Juli, nachm. 4 Uhr

im „Tivol“ statt.

Das Direktorium.

In wenigen Minuten herstellbar sind



in Würfeln zu 10 Pfg. für 3 Teller vorzüglicher Suppe. Ohne weitere Zutat, nur mit Wasser zuzubereiten. Bestens empfohlen

von **Leopold Meissner** Inh. **Emil Frähnert**, strasse 18.

Genossenschaft frei-
im Kriege



williger Krankenpfleger
vom Roten Kreuz.

Zusammenkunft

der aktiven Mitglieder Freitag, den 9. d. Mts., abends 8¹/₂ Uhr

im „Tivol“.

Anmeldungen neuer Mitglieder werden daselbst entgegengenommen.

Für die Redaktion verantwortlich: Rudolf Heine. — Druck und Verlag von Rudolf Heine, Merseburg.

Tivoli-Theater

Donnerstag, 8. Juli, Anfang 8¹/₂.

Einmaliges Gastspiel von

Tilli Musäus

Liebes-Manöver.

Salonluftspiel von Frhr. v. Schlicht. Gewöhnl. Preise. Drogenbillets mit Zuschl. Speerl. 40 L. Pl.: 20 Pf. gültig.

Apollo-Theater

in Halle.

Mittwoch, 7. Juli, abds. 8 Uhr 10 Min.: Eine Nacht in Venedig. Operette von Strauß.

Donnerstag, 8. Juli, abds. 8 Uhr 10 Min.: Die Puppe. Operette von Audran.

Freitag, 9. Juli: Die Puppe.

Casino.

Donnerstag, den 8. Juli,

abends 8 Uhr:

III. Abonnements-Konzert

des hiesigen Stadtdirektors

(Dir. Fr. Hertel).

Abonnementstickete 6 Stück M. 2.— in den Gaarrendlg. Freiheit und Dicksold zu haben.

An der Abendkasse a Person 50 Pfg.

Früh ein getroffen:

In. zarte Reh-Wästen, -Kanten

und -Blätter,

Kochfleisch a Pfd. 25 Pfg.

hochfeine junge Gänse u. Enten,

Poularden, Hähnen, Tauben,

Kochhühner,

lebende starke Aale und Schiele

empfiehlt (1318

Emil Wolff.

Berdingung

der Arbeiten und Befahrung der Materialien für die Erbauung eines

Schulhauses nebst Nebenanlagen

in Großfahna Kreis zweifelslos

am Mittwoch den 14. Juli d. J.

Nachmittags 3 Uhr.

Angebote sind bestellbar versiegelt

mit der Aufschrift „Schulbau“ Groß-

fahna zu vorgeanntem Termin an

den Unterzeichneten einzureichen.

Kostenanschläge, Zeichnungen und

Bedingungen können daselbst einge-

sehen und zum Preise von 5,75 M.

bezogen werden.

Die Eröffnung der Angebote er-

folgt am selben Tage 3¹/₂ Uhr im

Gasthose zu Großfahna in Anwesen-

heit der etwa erschienenen Unter-

nehmer. (1545

Zuschlagsfrist 8 Tage.

Großfahna, 7. Juli 1909.

Der Gemeindevorsteher.

25 Markt tägl. Verd. durch Verk.

meiner Patent Artikel f. Herren

Neuhofen-Fabrik

Miltweide-Bäckersbsh Nr. 70.

Nordostthüringer Gau

(Deutsche Turnerschaft).

2. Bezirksturnfest am 11. Juli in Kötschen-Beuna.

Festordnung:

Sonabend, den 10. Juli:

Abends 8 Uhr: Fackelzug und Kommerz im Vereinslokal.

Sonntag, den 11. Juli:

Morgens 5 Uhr: Frühstück.

Vormittags 8—11 Uhr: Empfang der Vereine.

Vormittags 9—10 Uhr: Kampfrichter-Sitzung.

Vormittags 10—12 Uhr: Wettturnen, Anreden an der Vorturner-tribüne.

Mittags 12—2 Uhr: Pause.

Nachmittags 2—2¹/₂ Uhr: Vorstandssitzung.

Nachmittags 2¹/₂ Uhr: Antreten zum Festumzug.

Nachmittags 4 Uhr: Antreten zu den allgemeinen Freilübungen, Regen-

turnen und sonstigen Vorführungen.

Abends 7 Uhr: Verlobung der Sieger.

Abends 8 Uhr: Ball in 2 Lokalen.

Zu diesen Feste werden alle Freunde und Gönner der Deutschen

Turnvereine herzlich eingeladen.

Dieses Fest findet auch bei unglücklichem Wetter statt.

Der Ortsausschuss.



Ein sehr großer Transport
bester und schwerster
bayerischer Zugochsen

ist bei mir eingetroffen.

Desgl. empfehle von Freitag ab eine große Auswahl prima

Wefermarjch-Kühe

als hochtragende und neumilchende mit den Kälbern
zu billigen Preisen.

L. Nürnberger.

Verlangen Sie nur:

„Pfeilring“



Lanolin-
Seife

25 Pfg. pro Stück.

Nachbildungen werden nicht anerkannt.

Vereinigte chemische Werke Aktiengesellschaft

Charlottenburg, Salzaer 16, Abteilung Lanolin-Fabrik Martinikenfeld.

Reuters Werke

mit Wörterbuch

fein gebunden, sind wieder eingetroffen, und werden die-

selben, 2 Bände für 3,50 M. bar abgeben in der

Kreisblatt-Druckerei.

Wohnung,

bestehend aus Stube, Kammer und

Küche in besserer Gegend der Stadt

wird von einer einzelnen Dame per

1. Oktober zu mieten gesucht.

Offerten unter 1550 an die Exped.

des Blattes.

Loden-Pelerinen

(wasserdicht) für Herren, Damen

u. Kinder empfiehlt sehr preiswert

H. Schaeff Nachf. Halle a. S.

Gr. Steinstr. 34. (292